

Stellungnahme der CDU-Fraktion zum Haushalt 2019

Fraktionsvorsitzender Alfred Baumhauer

Herr Oberbürgermeister,
meine Damen und Herren,

mit einem Rückblick haben Sie, Herr Oberbürgermeister, Ihre diesjährige Haushaltsrede begonnen. Wie sah unsere Stadt - unser Schwäbisch Gmünd - vor zehn Jahren aus? Und wie hat es sich gewandelt? Ihr Fazit: Es hat sich gewandelt! Vieles hat sich zum Besseren gewendet. Manches hat sich sogar erstaunlich positiv und erfolgreich entwickelt. Ich kenne niemanden, der dieses Urteil nicht teilt. Alle sind wir stolz, was wir in Gmünd erreicht haben. Die Debatte zum Haushalt bietet in der Tat einmal mehr Gelegenheit, zurückzublicken und sich zu orientieren. Wo stehen wir? Wo kamen wir her?

Dazu gehört dann aber auch der Ausblick. Wo wollen wir hin? Wie sieht Schwäbisch Gmünd in zehn Jahren, im Jahr 2029 aus?

Für die CDU-Fraktion ist klar:

- Wir wollen eine Stadt, die die Chancen der Zeit genutzt hat und sich weiter positiv entwickelt.
- Wir wollen eine Stadt, in der auch in zehn Jahren die Bürgerschaft zusammenhält und gemeinsame Projekte - wie eine Landesgartenschau oder ein Stadtjubiläum - stemmen kann.
- Wir wollen, dass die Menschen, die legal zu uns kommen und bleiben dürfen, Teil unserer Gesellschaft werden. Sie sollen zu uns in Schwäbisch Gmünd gehören und gehören wollen.
- Wir wollen eine attraktive Innenstadt, in der Service großgeschrieben wird, mit attraktiver Gastronomie und erfolgreichem Einzelhandel.
- Wir wollen lebendige Teilorte, die ihre Identität bewahren und innerhalb der Stadtgesellschaft eine Gemeinschaft bilden.
- Wir wollen Vereine, die genügend Nachwuchs haben und sich entfalten können.
- Wir wollen Verkehrsinfrastruktur, die niemanden bevormundet oder gängelt, sondern einen fairen Ausgleich zwischen allen Verkehrsteilnehmern schafft.
- Wir wollen eine Stadt, die sicher ist und in der es keine Tageszeiten oder Orte gibt, an denen man sich unsicher fühlt.
- Wir wollen, dass junge Gmünder, die eine Familie gründen (wollen), in ihrer Heimatstadt Wohnraum finden, der bezahlbar ist.

- Wir wollen den digitalen Wandel in der Verwaltung nutzen, in unseren Schulen und mit der Schaffung der notwendigen Infrastruktur für unsere Unternehmen.
- Wir wollen, dass unsere Stadt den Weg des beschlossenen Schuldenabbaukonzeptes konsequent beschreitet und bis 2029 die Verschuldung des Kernhaushaltes auf mindestens 36,45 Millionen Euro reduziert hat.
- Wir wollen als Stadt unseren Beitrag leisten, um die großen Probleme unserer Zeit zu lösen, sei es in der Völkerverständigung, im Klimaschutz oder dem sozialen Zusammenhalt.
- Wir wollen auch in zehn Jahren stolz auf unsere Stadt sein und mit Freude hier leben.

Meine Damen und Herren, die Haushaltsrede könnte ja an dieser Stelle nun eigentlich schon zu Ende sein. Aber um diese wichtigen Ziele zu erreichen, braucht es natürlich viele kleine Bausteine und Projekte, die es voranzutreiben gilt. Auch hier hat die CDU-Fraktion klare Vorstellungen und will weiter konstruktiv an der Stadtentwicklung mitarbeiten.

Die Haushaltsberatungen sind immer eine Mischung von Rückblick und Ausblick, Abwägung der Chancen sowie Benennung und Absicherung der Risiken. So ist der Blick in die Zukunft immer Wagnis. Die Umstände, die Rahmenbedingungen, können sich ändern.

EU, Brexit, Italien, USA, China, Klimaentwicklung, Digitalisierung, Stellung der deutschen Wirtschaft, Arbeitsplätze, Steuereinkommen und so weiter. Trotz Vollbeschäftigung und – immer noch – guter Haushaltslage des Bundes oder des Landes ist Vorsicht bei unseren Gmünder Schritten in die Zukunft die geringste Konsequenz.

Finanzen

Das Gewerbe – wir reden heute über den Haushalt und ich setze dies bewusst an die erste Stelle – und die daraus entstehende Gewerbesteuer hat sich nicht entsprechend unserem Kontostand, unseren Notwendigkeiten und unseren Planungen und Wünschen entwickelt. Deshalb begrüßen wir die Pläne der Stadt, unsere Gewerbeflächen zu mehren. Die Notwendigkeiten kommen zum Teil aus dem Bestand. Aber auch eine der großen Wirtschaftsregionen Deutschlands hört plötzlich vor unserer Haustür auf. Da die Gewerbefläche im Mittleren Neckarraum äußerst begrenzt ist, liegt die Antwort mit den Chancen doch auf der Hand. Und, dass die Gemeinden zuerst investieren müssen, das ist überall so.

Wie unsere Finanzlage ist, das konnten wir – unabhängig von unseren eigenen Schwimmplänen – vom Regierungspräsidium erfahren. Dass unsere Einnahmen auch noch geringer ausfielen, war zunächst

überraschend, aber nur zunächst. Dass es in vergleichbaren Städten aufwärts geht, das ändert auf Dauer unsere natürliche Wettbewerbskraft. Ob unsere Werbung für den Wirtschaftsstandort Schwäbisch Gmünd ausreicht, sollte deshalb auch einmal überprüft werden. Allein die notwendigen Investitionen im Bereich der Kitas und der Schulen zwingen uns zum Handeln. Und Schwimmen sollten die Kinder irgendwann auch lernen. Am Rande sei hier angemerkt, dass die DLRG im Jahr 2018 einen Anstieg von Ertrunkenen von 38 % gegenüber dem Vorjahr bei den 0-20 Jährigen verzeichnen musste. Dies ist erschreckend.

Übrigens ist der kommunale Anteil an der Umsatzsteuer von der Wirtschaftskraft der Kommunen abhängig. Dies gehört zu der Diskussion über unsere Einnahmen.

Der vorliegende Haushalt zeichnet sich abermals durch überwiegend gute Zahlen aus. Besonders positiv sind die vielen Investitionen bei gleichzeitiger Zurückführung der Schuldenlast. Der Unterschied zu vergangenen Haushalten ist jedoch, dass am Horizont dunkle Wolken aufziehen. Internationale Risiken und wirtschaftliche Probleme machen es wahrscheinlich, dass wir künftig etwas rauerer Zeiten entgegen gehen. Die Stadt steht jedoch gut da und ist gerüstet. Ein wesentlicher Teil davon sind die bis zum jetzigen Haushalt abgebauten Schulden. Auf Antrag der CDU-Fraktion hat der Gemeinderat am 1. Juli 2015 ein Schuldenabbaukonzept beschlossen.

Meine Damen und Herren, dieses Konzept ist kein Wunsch-Zettel für den Advent. Es ist auch keine Vision oder eine Utopie. Für uns ist dieses Konzept verbindlich. Wir wollen es umsetzen. Bislang liegt die Stadt damit auch im Plan. Wir sind dem Konzept derzeit sogar leicht voraus. Der erste Meilenstein zum 31.12.2019 ist zum Greifen nah und wir werden ihn erfüllen.

Sorgen machen uns hier jedoch die Ausführungen auf den Seiten 106 und 107 des Haushaltsplanes. Für die Jahre 2021 und 2022 werden wieder Netto-Kreditaufnahmen und somit ein Anwachsen des Schuldenberges vorausgesagt. Dies wäre - darauf weist der Haushaltsplanentwurf auch hin - ein Wirken gegen das Schuldenabbaukonzept. Bereits der Meilenstein 2 von 6 ist damit gefährdet. Die CDU-Fraktion wird eine Abkehr von dem beschlossenen Konzept **n i c h t** mittragen. Der Schuldenabbau ist notwendig, er ist finanziell sinnvoll und er war immer Voraussetzung für die bis 2015 aufgenommene Verschuldung zur Stadterneuerung. Daran halten wir fest. Oder um es mit den Worten des Haushaltsplanentwurfes zu den drohenden neuen Schulden zu sagen: „Dies kann und darf nicht hingenommen werden.“

Remstal-Gartenschau

Nun steht jedoch zunächst das Jahr 2019 an und natürlich die Interkommunale Remstal-Gartenschau. Wir erinnern uns alle noch an die großartigen Monate der Landesgartenschau 2014. Die damit verbundenen Investitionen und Veränderungen haben unsere Stadt nach vorne katapultiert und wir werden noch lange von den Erfolgen zehren. Neben den baulichen Veränderungen waren die zwei Millionen Besucher ein weiterer wesentlicher Erfolgsfaktor. Zwei Millionen Menschen, die zurück in ihre Städte und Gemeinden gefahren sind und von der Gastfreundlichkeit, der Schönheit und der Dynamik Schwäbisch Gmünds bis heute berichten. Nun sind wir bei der Gartenschau 2019 nicht allein, sondern packen es als Gemeinschaftsprojekt mit unseren Nachbarstädten an. Dies muss jedoch den Erfolg überhaupt nicht schmälern. Nach dem Motto „Geteilte Freude ist doppelte Freude“ können wir das anstehende Jahr wieder nutzen, um uns auszuzeichnen und zu zeigen, was wir können.

Dazu gehören unzählige Veranstaltungen und Aktionen, die jede Urlaubsplanung woanders überflüssig machen.

Dazu zählen aber auch diesmal die baulichen Veränderungen. Die zahlreichen Projekte, vornehmlich an dem verbindenden Element der Rems, wecken heute schon große Vorfreude. Die wenigen offenen Bausteine der Konzeption 2014 können nun vollendet werden. Mit dem Zeiselberg und den Wegbeziehungen in die Altstadt über den Königsturm oder den Sebaldsplatz machen wir dieses Karree zu einem weiteren Prachtstück im reich geschmückten Reigen traumhafter Plätze und Orte unserer Stadt.

Meine Damen und Herren, der Zeiselberg selbst ist ja ein Schwerpunkt unserer Planungen. Und hier gibt es eine glasklare Position der CDU-Fraktion: Wir wollen den Zeiselberg als zentrales Element der Gartenschau! Die Planungen rund um diesen Ort, die Wege dorthin und natürlich auch die Gastronomie sind richtig. Dazu stehen wir. Natürlich kann man alle Pläne kritisch betrachten und skeptisch sein. Aber es stimmt uns mit Sorge, mit welcher Vehemenz die Debatte um den Zeiselberg geführt wurde. Mahnwachen mit Grablichtern waren dabei ein Tiefpunkt. Dass sich Stadträte hier auch dagegen positionieren können, ist ja selbstverständlich. Dass aber Stadtratskollegen dazu beitragen, die Glaubwürdigkeit, die Redlichkeit und das Vertrauen in die Stadtverwaltung und des Gemeinderates zu torpedieren, ist ein grobes Foul.

Wir in der CDU-Fraktion stellen uns manchmal die Frage, ob wir in dieser aufgeheizten Stimmung, wie wir sie mit Zeiselberg, Hallenbad, Pflegeheim Schönblick, Waldkindergarten Taubental und anderen Vorhaben gerade erleben, die Gartenschau 2014 hätten realisieren können. Es scheint, dass das Vertrauen in die Stadtverwaltung und den Gemeinderat gewaltig gelitten hat. Deshalb müssen wir das Vertrauen stärken und nicht schwächen.

Hallenbad

Meine Damen und Herren, die Remstal-Gartenschau steht in den Startlöchern. Komplette gegenteilig verhält es sich bei unserem Großprojekt Hallenbad-Neubau. Wir wollten zusammen mit anderen Fraktionen Fakten ermitteln und dann entscheiden. Die Bürgerinitiative unter Federführung der Anwohner rund um das Areal hat diesen Weg attackiert. Das Regierungspräsidium hat der Bürgerinitiative bescheinigt, dass deren Finanzierungsmodell so riskant und abwegig ist, dass es nicht genehmigungsfähig wäre. Der Bürgerentscheid der BI ist an deren nicht belastbarer Kalkulation gescheitert. Das RP ergänzte, dass ein ÖPP-Projekt nicht genehmigt würde, wäre es auch so riskant kalkuliert wie das der BI. So steht es auf Seite 12 unter römisch Drittens, Ziffern 1 und 2 des Schreibens vom 17.12.2018.

Das ist jedoch überhaupt keine neue Information. Entgegen den ständigen Behauptungen der BI war es immer ein Interesse, nahezu eine Bedingung des Gemeinderates, die Kosten möglichst verlässlich und ohne zu hohes Risiko zu begrenzen. Dies war ein Hauptziel des Verfahrens, das nun in einer Sackgasse steckt.

Das große Problem: Gmünd schwimmt immer noch im alten und maroden Hallenbad mit verheerender energetischer Bilanz. Und das wird auch noch eine ganze Weile so bleiben. Das ist das eigentliche Ergebnis der Bürgerinitiative.

Nun hat die Stadtverwaltung in der Bäderdebatte einen Vorschlag der CDU-Fraktion aus dem Jahr 2013 aufgegriffen. Behandelt als Antrag Nr. 21 der Vorlage 123/2013 haben wir beantragt, den Schießtalsee wieder zum Badensee zu machen. Das halten wir natürlich immer noch für eine gute Idee. Aber so schön das im Freibad sein wird: Unsere Hallenbad-Frage wird dadurch nicht gelöst.

Herr Oberbürgermeister, Sie haben nach dem gescheiterten Bürgerentscheid eine Denkpause vorgeschlagen. Das sehen wir genauso. Aber eine Denkpause heißt nicht eine Pause des Denkens, sondern eine Pause zum Nachdenken. Wir dürfen jetzt auf keinen Fall den Zug von den Zügeln nehmen und die Debatte einschlafen lassen. Jeder Tag Betrieb des alten Hallenbades kostet doppelt Geld. Durch den hohen Energie- und Wasserverbrauch und durch steigende Baukosten. Deshalb beantragen wir, dass bis zur Sommerpause ein neuer Fahrplan mit überarbeiteten konkreten Zielen aufgestellt wird. Notfalls sollten sich Verwaltung, Bäderbetriebe, Stadtwerke und Gemeinderat in eine Klausurtagung zurückziehen um eine gemeinsame Strategie zu entwickeln. Wir müssen in dieser Frage weiterkommen. Erklärtes Ziel der CDU-Fraktion ist der Neubau eines Hallenbades.

Wohnen

Neubauten sind aber nicht nur beim Hallenbad notwendig, sondern vor allem beim Wohnen.

Meine Damen und Herren, der Wohnungsmarkt wird immer angespannter. In der Presse der vergangenen Woche war zu lesen, dass die zweithöchsten Mietpreise in Deutschland in Stuttgart verlangt werden. Unter den teuersten 20 Städten folgen unter anderem Leinfelden-Echterdingen, Ditzingen, Ludwigsburg, Fellbach, Leonberg, Esslingen. Platz 21 dann Remseck. 8 der 21 Städte mit den höchsten Mieten in Deutschland liegen im Raum Stuttgart. Machen wir uns auf weiter deutlich steigende Preise gefasst. Für die Stadt muss dies zu einem Hauptthema gemacht werden. Natürlich auch wegen der erheblichen Einnahmen, die damit zusammenhängen.

Es kann so gebaut werden, so dass wir mit der Investition als Stadt finanziell besser dastehen. Der kommunale Anteil an der Einkommensteuer ist ein Faktor, auf den zum Beispiel der Bundesminister der Finanzen vor einem Jahr deutlich hingewiesen hat.

So schreibt das Bundesministerium der Finanzen in seiner Dokumentation im Januar 2018 über den Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer: „Die Gemeinde kann durch zielgerichtete Aktivitäten versuchen, insbesondere besserverdienende Einwohner anzuziehen, um ihre Einnahmen aus dem Einkommenssteueranteil zu erhöhen.“

Damit ist nicht etwa der Ausstieg aus der Pflicht zu sozialem Handeln der Gemeinde gemeint, sondern die Möglichkeit, durch entsprechendes Handeln gerade die Finanzsituation für das pflichtgemäße Handeln zu verbessern.

Natürlich brauchen wir mehr Wohnungskapazitäten auch wegen der besseren Auslastung unserer Einrichtungen. Aber vor allem wegen unserer Bürger, denen wir verpflichtet sind. Wenn junge Paare eine Familie gründen wollen, wenn junge Familien Wohnraum brauchen, dann ist es unsere Aufgabe, die Rahmenbedingungen zu schaffen. Bei unserem jüngsten Baugebiet in Straßdorf wird es wahrscheinlich eine vierfach größere Nachfrage im Vergleich zum Angebot geben. Dass also ungefähr drei Viertel der Bewerber dort keinen Wohnraum finden, kann uns nicht egal sein. Vergleichbares lässt sich aus allen Teilorten und der Innenstadt berichten.

Die Antwort darauf kann nur sein, für unsere jungen Familien mehr Wohnraum zu schaffen. Wir wollen auch für die Gmünder, die nicht viel Einkommen haben, ausreichende und ansprechende Wohnungen. Und vor allem bezahlbare. Der Weg dorthin ist natürlich nicht einfach.

Der Flächenverbrauch spielt eine große Rolle und natürlich auch die Frage, wie hoch der Preis sein kann, den wir für unser Bauland verlangen. Die Verwaltung gibt sich auch alle Mühe. Das sehen wir wohl. Die Arbeitsgruppe „bezahlbarer Wohnraum“ zusammen mit der VGW wollen wir besonders

lobend erwähnen. Herr Oberbürgermeister, es könnte aber noch mehr getan werden und es sollte noch mehr getan werden. Wir beantragen einen Bericht über die Zeitpläne zur Ausweisung neuer Baugebiete. Wir wollen wissen, bis wann die geplanten Baugebiete zuteilungsreif sind um Planungssicherheit zu geben und um ein konsequentes Voranschreiten zu gewährleisten. Dazu gehört auch die Frage, inwieweit die städtische Wohnungsbaugesellschaft VGW zu einer Entspannung beitragen kann. Und dazu gehört auch die Frage, ob die Stadtverwaltung bei der Ausweisung von neuem Bauland auf externe Büros zurückgreifen kann. Uns dauert die Planung und Erschließung neuer Baugebiete schlichtweg zu lange.

In den Baugebieten sollte auch immer geprüft werden, ob die moderate Einbindung von Geschosswohnungsbau möglich ist, denn auch nach Eigentums- und Mietwohnungen ist die Nachfrage groß. Oftmals sind kleinere Wohnungen auch eine Alternative für unsere Senioren, die in einigen Fällen dann aus einer Immobilie umziehen können, die ihnen zu groß geworden ist und diese dann Platz für Familien schafft.

Die Lokalpolitik muss die Sorgen und Ängste der Bürger über das Wachstum der Stadt und in den Ortsteilen richtig einschätzen. An den fehlenden Wohnungen sind nicht die Wohnenden schuld. Vor diesem Hintergrund müssen wir reden – noch viel mehr als bisher schon. Wenn wir zukünftig Stadterweiterung planen und realisieren wollen, müssen wir uns in der Partizipation ohne Streit üben. Wir Stadträte müssen uns mit dem Wachstum intensiv auseinandersetzen, wir sind für das große Ganze zuständig. Wenn wir überall einzelne Interessen bedienen, schadet das auf Dauer allen. Wir müssen lebenswerte Stadträume gestalten, Grünflächen auch dort schaffen und versuchen, in den Neubürgern mehr den zukünftigen Nachbarn und die kommenden Begegnungen als nur den Autofahrer zu sehen.

Zudem sollten wir unseren Wohnungsbaugesellschaften wie der VGW oder dem Bauverein Baugelände über das Erbbaurecht zur Verfügung stellen, mit der Maßgabe sozial gestalteter Mieten. Dies wäre eine Maßnahme um für Geringverdiener überhaupt noch bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Verkehr

Mit der Frage des Wohnens verbunden ist auch die Frage des Verkehrs. Immer größere Bedeutung wird das Pendeln zum Arbeitsplatz bekommen. Wer einmal eine Wohnung hat, wird sie so schnell nicht aufgeben. Um dem größeren Verkehr Herr zu werden, müssen wir einen neuen Mobilitätsmix fördern, d.h. eine bessere Vernetzung zwischen Bus, Auto, Bahn oder Fahrrad. Auch neue Mobilitätskonzepte wie Carsharing oder Mitfahrkonzepte gehören dazu.

Meine Damen und Herren, für die CDU-Fraktion war ein pragmatischer Ansatz im Sinne unserer Bürgerschaft schon immer Richtschnur unserer Vorschläge. Von Großprojekten wie der jahrzehntelangen und konsequenten Forderung nach dem so genannten „Tunnel in Tallage“, der Einrichtung des Turbo-Kreisels an der Baldungskreuzung trotz großem Widerstand im Gemeinderat bis hin zum Ausbau des ÖPNV.

Unser Anliegen ist es, dass alle Verkehrsteilnehmer sicher, zügig und rücksichtsvoll ihr Ziel erreichen. Uns ist ein Ausgleich zwischen Anwohnern, Radfahrern, Busfahrern, Fußgängern und Autofahrern wichtig. Aber wir sind ausdrücklich keine Verbotspartei, die meint, die Probleme ließen sich durch eine Erschwerung des PKW-Verkehrs lösen. Das ist keine Politik für unsere Bürger und vor allem: Es funktioniert nicht.

Im Verkehr gibt es Verbesserungsbedarf.

Am Bockstorplatz beispielsweise haben Fußgänger Vorrang. Das ist dort auch notwendig, weil viele Fußgänger den Bereich zwischen Bocksgasse und Kroatenstein passieren. Die Geschwindigkeitsreduzierung an dieser Stelle wird jedoch zu selten eingehalten. Gleiches gilt übrigens für den Kalten Markt. Auch dort funktioniert das Miteinander zwischen Bussen, Autos, Fahrradfahrern und Fußgänger in belebten Zeiten eigentlich nicht. Die CDU-Fraktion beantragt daher einen Bericht und das Aufzeigen von Lösungen, wie diese beiden Bereiche optimiert werden können.

Gehen wir gedanklich vom Bockstorplatz in die Bocksgasse hinein, wird das Problem des Pflasterbelags und Personen mit eingeschränkter Mobilität deutlich. Herr Oberbürgermeister, die Verwaltung hat hier bereits vor Monaten Taten angekündigt. Geschehen ist noch nichts. Wir beantragen daher einen Bericht und eine erneute Behandlung im zuständigen Ausschuss.

Mit großer Spannung erwarten wir im Juni den Start des Angebots von Go Ahead im Regionalverkehr auf der Schiene. Vieles kann dadurch besser werden und vieles muss auch besser werden. Die Verlässlichkeit, das Wagenmaterial, die Pünktlichkeit gehören an die ersten Stellen.

Dass die zweigleisige, hochgenutzte Rems-Bahn nicht in die erste Dringlichkeit des Bundesverkehrswegeplans aufgenommen wurde, ist gegenüber der teilweise einspurigen, weitaus geringer genutzten Murr-Bahn, unmöglich.

Für uns ist es wichtig, dass wir am Ziel eines Halbstundentaktes nach Stuttgart festhalten. Vielleicht bietet sich mit dem neuen Betreiber die Möglichkeit einer Verbindung zwischen Gmünd und Stuttgart ohne Zwischenhalt. Ohne Zwischenhalt fährt ein Zug zwischen Gmünd und dem Drehkreuz Stuttgart Hauptbahnhof in gut 30 Minuten. Das ist es, was den ÖPNV Richtung Westen deutlich attraktiver machen kann. Ein Anschluss an das S-Bahn-Netz brauchen wir deshalb nicht, jedoch wäre eine Aufnahme in den VVS-Verbund nach wie vor sehr sinnvoll. Herr Oberbürgermeister, wir bitten Sie, mit diesen Wünschen an Go-Ahead und die Region Stuttgart heranzutreten und zu berichten, was möglich ist.

Für den regionalen Kurzstrecken-Verkehr und für eine verkehrliche Entlastung ist ein weiterer Halt im Osten der richtige Weg. Wir haben hierzu bereits 2017 einen entsprechenden Haushaltsantrag gestellt. Dies bekräftigen wir und bitten die Verwaltung an diesen Plänen festzuhalten.

Herr Oberbürgermeister, ein Antrag, der nicht nur zum ÖPNV, sondern auch zur Stadtbildgestaltung gehört, ist die Gestaltung unserer Buswartehäuschen. In der Ledergasse ist es gelungen, mit innovativem Design und gestalterischer Eleganz einen echten Hingucker einzurichten. Das Standard-Modell ist sicherlich zweckmäßig und fällt auch nicht negativ auf. Aus anderen Städten wissen wir jedoch, dass es wesentlich originellere Buswartehäuschen geben kann, die dem Ruf der Design-Stadt auch entsprechen. Wir beantragen daher ein Konzept, wie beim Austausch oder der Neu-Errichtung von Buswartehäuschen ein Beitrag zur Stadtverschönerung geleistet werden kann. Wie in der Vergangenheit oft gezeigt, kann die Hochschule für Gestaltung hier gute Dienste leisten.

Für unsere Fahrradfahrer wollen wir mit der Überdachung von Fahrradstellplätzen eine Verbesserung erreichen und beantragen einen Bericht, an welchen Stellen dies umgesetzt werden kann.

Der größte Teil des Verkehrs läuft jedoch immer noch über das Auto. Wir wären dabei schon dankbar, wenn unsere Anträge aus den vergangenen Jahren weiterbetrieben würden.

Das Konzept „Um's Stöckle“ gehört dazu, aber auch die Entwicklung und die städtebauliche Konzeption der Lorcher Straße.

Auch in diesem Jahr klagen wir über den aus dem Ruder gelaufenen Schilderwald und die schwer nachzuvollziehenden Verkehrsregelungen. 30, dann 50, dann 30, dann 50. Die Begründungen sind manchmal kaum nachzuvollziehen. So ist wegen Schulbetrieb 30 km/h an Stellen, an denen noch nie etwas passiert ist. Warum eigentlich? 50 km/h ist keine Raserei. 50 km/h gefährdet nicht und ist auch

nicht laut. Was für Feinstaubabrieb, höheren Spritverbrauch und größeren Lärm sorgt, ist das ständige Abbremsen und Anfahren. Wir verstehen nicht, warum 30 km/h auf Höhe von Schulen auch in der Nacht, am Wochenende oder in den Schulferien gilt? Warum 30, wenn kein Schulbetrieb stattfindet? Unsere Bürger verstehen das nicht und deshalb beantragen wir, die Geschwindigkeitsanordnung zu überprüfen mit dem Ziel, die 30er-Bereiche zeitlich und räumlich zu reduzieren.

Herr Oberbürgermeister, auch haben wir in der Stadt auch sicherlich nicht das Problem, dass zu wenig geblitzt wird. Geschwindigkeitsüberwachung ist zudem nur sinnvoll, wenn eine Verkehrsanordnung auch Akzeptanz findet. Die im Haushalt eingeplanten Mittel für neue Geschwindigkeitsmessanlage sind deshalb nicht überzeugend. Wir beantragen daher, die Mittel in diesem Haushalt zu streichen. Dies gilt bis die eben beschriebenen Missstände aufgehoben sind.

Verbesserungsbedarf gibt es auch bei unseren Ampelkreuzungen in den Nachtstunden. Dort kann durch eine Abschaltung in den Stunden mit kaum Verkehr Energie und Kraftstoff gespart werden. Wir beantragen eine Prüfung, an welchen Kreuzungen dies möglich ist und eine rasche Umsetzung.

Leider hat sich auch die Verkehrssituation an der B298 von Rehnenhof/Wetzgau Richtung Gmünd nicht verbessert. Wir beantragen, die Verssituation dahingehend zu überprüfen, ob eine Linksabbiegespur in Richtung Becherlehenstraße möglich ist, mit dem Ziel, den täglichen Stau vom Rehnenhof zu reduzieren.

Die Parksituation am Berufsschulzentrum und der Pädagogischen Hochschule hat sich nicht verbessert. Herr Oberbürgermeister, bitte gehen Sie auf den Landkreis und das Land mit der Bitte zu, dort ein Parkhaus zu errichten. Es wäre mit Sicherheit finanziell lohnenswert, es wäre eine Entlastung für die Schüler und Studenten und für unsere dortigen Anwohner.

Stadtentwicklung

Wohnen und Verkehr sind wichtige Eckpunkte für eine gelungene Stadtgestaltung. Sie sind Rahmenbedingungen für eine gute Stadtentwicklung. Hierzu braucht es aber noch einige weitere Impulse.

Dass sich der Handel in der Innenstadt konzentriert hat, ist historisch. Eine Stadt unserer Größe ohne lebendige Innenstadt gibt es aber auch nicht oder entspricht nicht unseren Vorstellungen. Denn Innenstadt ist der Boden für vieles andere. Und in diese Innenstadt sollen nicht nur Menschen aus anderen Gemeinden kommen, sondern auch aus unseren Teilorten.

Schönheit der Innenstadt reicht da nicht. Und: kulturelle und sportliche Veranstaltungen können großartig sein, sie finden aber meistens nach Geschäftsschluss statt. Wenn auch in Zukunft in der Gmünder Innenstadt die meisten Azubis ausgebildet werden sollen, dann müssen wir mit ganzer Kraft nach einer Fortentwicklung der Innenstadt suchen.

Die auf Versand beruhende Konkurrenz ist deutschlandweit, ja weltweit. Deshalb wird es nicht einfach sein, eine Attraktivitätssteigerung für uns zu finden und zu finanzieren.

Aber wenn ich zum Beispiel ein Kleidungsstück kaufen will, muss ich meistens parken. Und für das Parken gibt es in Gmünd eine Latte von Kritikpunkten, die den von außerhalb der Innenstadt kommenden Käufer abhalten. Ich weiß, dass nicht alle Kunden Parken für Wichtig halten; aber die Befürworter würden für unsere Innenstadt schon reichen. Es gibt auch Menschen, welche die Parkgebühr als unwichtig abtun und ich weiß auch, was die Verwaltung zurzeit für Parkschilder investiert. Aber die Erde dreht sich weiter, es gibt auch andere Motive für eine Reform und es gibt Notwendigkeiten, an die wir nicht rechtzeitig gedacht haben.

Die CDU-Fraktion beantragte im vergangenen Jahr die Einstellung eines City-Managers für die Innenstadt. Wir sind überzeugt, dass Handel, Gastronomie und Veranstaltungen zusammengehören. Der Handel leidet unter der Konkurrenz im Internet und sich schnell ändernden Entwicklungen. Wir dürfen deshalb unsere Einzelhändler nicht allein lassen. Es helfen hier auch keine Parolen oder Patentrezepte. Hierzu braucht es eine professionelle Strategie. Die Stadt befindet sich in einem Dialog mit den Beteiligten. Dies begleiten wir und werden das Thema weiter betreiben.

Damit eng verbunden ist auch der wachsende Tourismus in unserer Stadt. Zu manchen Zeiten ist kaum noch ein Hotelzimmer zu bekommen. Wir wünschen uns eine Vernetzung von Naherholung, Wochenendtourismus und Stadtentwicklung. Der Städtetourismus wächst auch künftig, die Entwicklung der Stadtführungen belegt dies. In diesem Zusammenhang regen wir die Verbesserung der Infrastruktur für Tages- und Tourismusköste an. Als Beispiel nennen wir den Wohnmobilstellplatz

im Schießtal, der nun zeitnah verbessert werden soll. Dazu gehört aber auch das leidige Thema der Toilette am Hornberg. Deren Errichtung beantragen wir auch in diesem Jahr. Ein Blick auf den Hornberg zeigt zudem, dass dort noch viel Potenzial für eine touristische Entwicklung möglich ist.

Aber auch in der Kernstadt gibt es noch Verbesserungsbedarf. So ist der Standort des i-Punktes nach wie vor nicht optimal. Wir beantragen eine Prüfung, wohin der i-Punkt mittelfristig verlagert werden könnte. Ziele müssen eine bessere Sichtbarkeit, Barrierefreiheit und verbesserte Kundenwege sein.

Herr Oberbürgermeister, bei einem Blick durch die Stadt bleibt das Auge in jedem Jahr beim ehemaligen Woha-Gebäude hängen. Hierzu haben wir regelmäßige Anträge gestellt. Unsere Geduld ist hier schon lange am Ende. Die Brache liegt im innersten Herzen unserer Stadt. Der Verweis auf zerstrittene Eigentümer reicht uns nicht mehr. Am Beginn meiner Rede habe ich über Gmünd in zehn Jahren gesprochen. Wenn die Stadt jetzt nicht kreativ und entschlossen handelt, gehört zu Gmünd 2029 auch ein immer noch dahinsiechendes Woha-Gebäude. Wir nehmen das wieder auf die Tagesordnung, wenn es sein muss auch im nicht-öffentlichen Teil um eine Strategie im Kontakt mit den Eigentümern zu beraten.

Sicherheit

Mögen wir auch manche Aufgabe haben, so können wir doch glücklich sein, dass Schwäbisch Gmünd eine sichere Stadt ist. Die ausgezeichnete Arbeit unserer Polizei trägt dazu bei, aber auch der Kommunale Ordnungsdienst, der auf Antrag der CDU-Fraktion eingerichtet wurde und nicht mehr wegzudenken ist.

Unsicherheit entsteht immer dort, wo es dunkel, verwahrlost und menschenleer ist. Deshalb sind Sauberkeit, Helligkeit und soziale Kontrolle auch feste Bestandteile einer Sicherheitsstrategie.

Sicherheit lässt sich durch ausreichende Beleuchtung schaffen, hierzu können Solarleuchten dienen. Diese können an zahlreichen Stellen ohne erforderliche Leitungen installiert werden. Dies würde auch einen Beitrag zur Lichtverschmutzung und Energieeinsparung darstellen. Bereits bestehende Lichtinstallationen können ggf. mit Bewegungsmeldern ausgestattet werden.

Wir beantragen daher, die Straßenbeleuchtung konsequent auf LED umzustellen. An Stellen, an denen die Beleuchtung bislang vorzeitig abgeschaltet wurde, soll dies geändert werden. Die sparsame LED-Technik macht dies ohne zu hohen Energieverbrauch möglich.

Mehr Licht heißt aber nicht nur, alles irgendwie auszuleuchten, sondern wirkungs- und effektiv. Dies kann natürlich besonders gewinnbringend mit der Beleuchtung von Sehenswertem geschehen. Blickt

man in der Nacht auf unsere Stadt, so ist es manchmal auch insgesamt etwas düster. Wir beantragen daher zu prüfen, inwieweit mit der Beleuchtung - beispielsweise unserer Stadttürme - ein Mehr an Sicherheit, ein Mehr an Stadtbildgestaltung und ein effektvoller Hinweis auf unsere Sehenswürdigkeiten einhergehen kann.

Digitalisierung

Herr Oberbürgermeister, eine eigenes Kapitel unserer Haushaltsrede bekommt in diesem Jahr die Digitalisierung.

Die Verwaltung hat in den vergangenen Wochen beeindruckende Bilanzen zur Digitalisierungsstrategie in der Verwaltung, aber auch in unseren Schulen und im Breitbandausbau vorgelegt. Wir unterstützen dies ausdrücklich und wollen Sie motivieren, die Chancen dieses Prozesses zu nutzen. Dabei geht es uns vor allem darum, den Wandel in unseren Betrieben, bei innovativen Gründungsideen und in der digitalen Bildung voranzutreiben. Es ist notwendig, dass unsere Kinder und Jugendliche den verantwortungsbewussten Umgang mit digitalen Medien lernen. Es ist notwendig, dass sie die Gefahren kennen und beherrschen und dass sie sich in einer von digitaler Technik ausgestatteten Welt zurechtfinden.

Das enorme wirtschaftliche Potential wird aber auch in den Erfolgsgeschichten von Start-Ups deutlich. Diesen optimale Rahmenbedingungen zu bieten, wird immer mehr zum Standortfaktor und damit faktisch zu einer kommunalen Pflichtaufgabe.

Anfangen könnte die Verwaltung damit, den städtischen Internetauftritt zu überdenken. Nachdem uns dies bereits in einer Sitzung des Verwaltungsausschusses in diesem Jahr zugesagt wurde, verzichten wir auf einen Antrag und verlassen uns auf die Zusage.

Soziales

Ein anderer städtischer Internet-Auftritt ist das Little-Bird-Portal für unsere Jüngsten. Regelmäßig erreichen uns Fragen und Beschwerden zu diesem Angebot. Allein das zeigt, dass es technisches Verbesserungspotential gibt. Die Details sollen in einer Sitzung des Sozialausschusses beraten werden. Wir beantragen, das Little-Bird-Portal weiterzuentwickeln und häufige Kritik konstruktiv aufzunehmen.

Für Kinder und Jugendliche brauchen wir aber auch weitere attraktive Freizeitangebote. Tolle Angebote gibt es bereits von der Jugendkunstschule sowie Mitmachangebote im Museum. Mit dem neuen Museumsleiter haben wir hier eine Chance, in unserem Museum zusätzliche kindgerechte

Angebote zu schaffen, um unsere reiche und spannende Geschichte weiterzugeben. Wir bitten die Verwaltung und die Museumsleitung hier initiativ zu werden.

Diese Angebote müssen auch publik gemacht werden, denn was bringen die tollsten Angebote, wenn die Zielgruppe nichts davon erfährt. Deshalb beantragen wir einen direkten Ansprechpartner für Familien bei der Stadt. Dieser könnte alle angebotenen Freizeitaktivitäten in Schwäbisch Gmünd bündeln und veröffentlichen. Eine eigens hierfür bereitgestellte Internetseite könnte es Familien erleichtern zu erfahren, wann und wo in Schwäbisch Gmünd Angebote für Kinder, Jugendliche und Familien geboten sind.

Unsere Schulen und Kindergärten werden Stück für Stück modernisiert und gut eingerichtet. Die gute Bildungsinfrastruktur hat sich bezahlt gemacht und wir wollen diesen Weg weiter fortsetzen. Dazu gehört beispielsweise auch das Bildungshaus in Straßdorf. Die Pläne sind jedoch noch in den Kinderschuhen. Wir beantragen daher einen Bericht und einen Finanzierungs- und Zeitplan, wie dies umgesetzt werden kann. Sollten die Planungen in diesem Jahr nicht weiterbetrieben werden sollen oder können, beantragen wir, die dafür notwendigen Mittel einzustellen.

Internationales

Herr Oberbürgermeister, lassen Sie mich am Ende noch ein Thema ansprechen, das der CDU-Fraktion am Herzen liegt.

Unsere Stadt ist keine Insel, die nur für sich bestehen kann. Wir sind mit unserer Wirtschaft und unseren vielfältigen Kontakten international verflochten. Ein sichtbares Zeichen sind dabei unsere Städtepartnerschaften. Wir begrüßen es ausdrücklich, dass Sie in diesem Jahr in die Vereinigten Staaten nach Bethlehem reisen werden, um den Kontakt dorthin zu stärken, um nicht zu sagen „wiederzubeleben“. Die CDU-Fraktion hat dies vor zwei Jahren schon einmal angeregt. In den USA, in Großbritannien, in Ungarn, in Italien gibt es politische Bestrebungen, die unsere Beziehungen dorthin belasten. Umso wichtiger ist es, dass wir unseren Teil dazu beitragen, Kurs zu halten und die Freundschaften zu kräftigen.

Die großen Entwicklungen unserer Zeit treffen uns aber auch in Schwäbisch Gmünd. Ein Thema haben wir im Zusammenhang mit dem Erwerb des Synagogengebäudes in der Imhofstraße angesprochen. Machen wir uns doch nichts vor: Antisemitismus und prinzipielle Israel-Feindlichkeit gibt es auch in Schwäbisch Gmünd. Entsprechende alarmierende Pressemeldungen häufen sich. Die Gründe sind sicherlich vielfältig. Die Erinnerung an den Holocaust vor nunmehr fast 80 Jahren ist dabei ein Baustein, um Ressentiments abzubauen und die Erinnerung ist Teil unserer Verantwortung. Das allein reicht aber

nicht. Vorurteile können eigentlich nur durch Begegnung abgebaut werden. Das war und ist auch das eindrucksvolle Erfolgsrezept unserer Städtepartnerschaften. Wir sollten hier ein Zeichen setzen. Wir beantragen daher, die Mittel für Reisen in die Partnerstädte bis auf Weiteres entsprechend der dortigen Kriterien auch für Bildungs- und Begegnungsreisen nach Israel zu öffnen (entsprechend Reisen nach Bethlehem/Pennsylvania). Wir sind überzeugt, dass jeder, der einmal in Israel war und mit israelischen Jugendlichen Kontakt hatte, sich ein eigenes, vorurteilsfreies und positives Bild machen kann. Das ist das beste und wirkungsvollste Rezept gegen Antisemitismus.

Schluss

Herr Oberbürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren,

das Jahr 2019 wird ein besonderes Jahr - ein freudiges Jahr der Landesgartenschau in unserer Stadt. Es wird das letzte Jahr mit kameralem Haushalt. Ab nächstes Jahr gilt es, Herrn Bantels Haushaltskniffe in neuem Gewande zu entdecken.

Der nächste Haushalt wird dann auch mit einem neuen Gemeinderat beraten und beschlossen. Der Dank geht daher zunächst an unseren tatkräftigen Oberbürgermeister, der im vergangenen Jahr Manches hat einstecken müssen. Herr Oberbürgermeister, halten Sie auch in stürmischen Zeiten Kurs und steuern Sie unsere Stadt weiterhin erfolgreich und mit Herzblut.

Wir danken auch unserem Finanzbürgermeister Dr. Bläse mit seinem Team für die Aufstellung des Haushalts und die vielen Präsentationen in den Ortsteilen.

Heute darf ich aber auch Ihnen danken, liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat. Ich denke wir haben trotz manchem Gefecht eine gute Amtsperiode zum Wohle unserer Heimatstadt gemeistert.

Gehen wir das Jahr mit Freude, Tatkraft und Gottvertrauen.

Alfred Baumhauer